



## Zeitenwende: „Nur Stärke schreckt ab“

CDU/CSU-Kongress diskutiert über sicherheitspolitische Prioritäten

Angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz eine Zeitenwende gefordert, die den Namen verdient. Dem Wort müssten Taten folgen, sagte er auf dem Bundeswehr-Kongress der CDU/CSU-Fraktion in Berlin. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, fügte er unter Verweis auf die Bedrohung von Seiten Russlands und anderer Autokratien hinzu. „Nur Stärke schreckt ab.“

Mehr als 400 Gäste waren der Einladung zu dem Kongress gefolgt, der sich mit der Neuausrichtung der Bundeswehr befasste. Denn zwei Jahre nach Ausrufung der „Zeitenwende“, die eine unmittelbare Reaktion des Kanzlers auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine war, hat die Bundeswehr noch immer mit erheblichen Defiziten zu kämpfen. Obwohl sie



Friedrich Merz beim Fraktionskongress (Foto: CDU/CSU)

„kriegstüchtig“ werden soll, machen ihr schleppende Beschaffungsprogramme und eine prekäre Personallage zu schaffen.

Seite 2



## Besuch aus Erolzheim

In dieser Woche besuchten Josef Rief Schülerinnen und Schüler der Realschule aus Erolzheim im Bundestag. Rief freute sich sehr, aus der direkten Nachbarschaft seiner Heimatgemeinde Gäste begrüßen zu können. In der Diskussion ging es vor allem um die aktuelle Situation in

Europa mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die Wichtigkeit der Europawahl, die am 9. Juni stattfindet. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

Merz wies darauf hin, dass nur eine „voll ausgestattete Bundeswehr“ den Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen könne. „Unseren Soldaten schulden wir in einer Zeit, in der Krieg in Europa herrscht, erstklassiges Material und Ausrüstung.“ Politik und Gesellschaft müssten bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen, „wenn wir weiterhin in Frieden und Freiheit leben wollen“.

Merz machte darauf aufmerksam, dass das Sondervermögen für große Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro nahezu aufgebraucht sei. Wenn der Kanzler sein Versprechen halten wolle, bis in die 2030er Jahre hinein mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben, so entstehe eine Deckungslücke im Haushalt von 30 bis 50 Milliarden Euro.

Wenn Zeitenwende nicht nur immer neue Schulden bedeuten solle, dann brauche es einen „tiefgreifenden Wandel der Prioritäten“. Sicherheitspolitik müsse einen höheren Stellenwert einnehmen, mahnte Merz. „Unsere gesamte Gesellschaft muss wehrhafter und resilienter werden.“ Damit sprach der Fraktionsvorsitzende auch die Personallage der Bundeswehr an, die die „Achillesferse“ der Streitkräfte sei. Das Soll von 203.000 Soldatinnen und Soldaten wird nicht erreicht.

Derzeit fehlen 20.000 Männer und Frauen.

Daher setzte sich Merz dafür ein, den Soldatenberuf attraktiver zu machen – etwa mit neuen Karriere- und Standortmodellen, um den Lebensrealitäten junger Menschen besser gerecht zu werden. Man müsse auch „das Momentum nutzen“, um über ein Gesellschaftsjahr zu diskutieren, denn unter den Jüngeren bestehe hohe Bereitschaft, einen Dienst für unser Land abzuleisten. Im Gespräch ist das „Schwedische Modell“. Danach müssten jedes Jahr über 700.000 junge Menschen erfasst und gemustert werden, die dann auf freiwilliger Basis einen Wehrdienst ableisten könnten.

In zwei Panels diskutierten anschließend Politiker und Experten darüber, was sich in der Bundeswehr verändern muss und wie das Personalproblem gelöst werden kann. Einig waren sich etwa der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Florian Hahn, und der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Martin Schelleis, dass sich die Bundeswehr künftig auf die Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren müsse. Amtshilfe im Inland wie zu Pandemiezeiten werde sie nicht mehr leisten können. Beide forderten mehr Tempo bei der Aufrüstung und beim Aufbau von Fähigkeiten. ■

## Ausländerkriminalität: Integrationsfähigkeit am Limit - Union fordert Regierung zum Handeln auf

Die polizeiliche Statistik zeigt es Schwarz auf Weiß: Die Gewaltkriminalität in Deutschland steigt in einem besorgniserregenden Ausmaß. Von den Tatverdächtigen haben 41 Prozent keinen deutschen Pass. Auch immer mehr Kinder und Jugendliche werden gewalttätig, darunter ebenfalls ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Ausländern. Abgeordnete von CDU und CSU prangerten im Bundestag die Zustände an und forderten die Bundesregierung zum Handeln auf.

„Deutschland wird seit zwei Jahren unsicherer und das liegt an der stark gestiegenen Ausländerkriminalität“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz in der aktuellen Stunde, die die Union beantragt hatte. Deutschland verkrafte das Ausmaß an irregulärer Zuwanderung nicht mehr. „Die Integrationsfähigkeit unseres Landes, sie ist am Limit“, betonte sie.

Das bestätigte auch der sächsische Innenminister Armin Schuster mit seinem Bericht aus der Praxis. Integration könne nur gelingen, wenn sich die Kommunen und Landkreise um ausreichend Wohnungen und

Arbeit, soziale Belange und Sprachkurse für Zuwanderer kümmern könnten, sagte er. Ab einem gewissen Maß an Migration reichten die Kapazitäten vor Ort aber nicht mehr aus.

Andrea Lindholz und der innenpolitische Sprecher Alexander Throm warfen der Koalition vor, sogar noch mehr Anreize für Migration zu setzen, etwa mit Werbung in arabischer Sprache für die neue Möglichkeit zur „Turboeinbürgerung“ in Deutschland. Sie wiesen außerdem darauf hin, dass die Regierung die Abschiebung ausreisepflichtiger Personen erschwert, indem sie ihnen Anwälte zur Seite stellt. Und sie prangerten an, dass die Regierung die Maghreb-Staaten immer noch nicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, obwohl Asylbewerber aus diesem Raum fast nie schutzbedürftig seien, jedoch häufig zu den Straftätern gehörten.

Throm forderte daher eine „Kehrtwende“ in der Migrationspolitik. Lindholz beklagte, dass die Regierung das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ignoriere und auf diese Weise deren Vertrauen verspiele. ■